

- 1. Bundespräsident fertigt Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes** aus. Der Bundespräsident hat am 31. Juli 2011 das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes gemäß Art. 82 Abs. 1 S. 1 Grundgesetz nach sorgfältiger Prüfung der Verfassungsmäßigkeit ausgefertigt und den Verkündungsauftrag erteilt.
<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/08/20110801-Atomgesetz.html>.
Die vielen Briefe an Bundespräsident Wulff haben leider nichts genutzt. Auch der frühere sächs. Ministerpräsident Kurt Biedenkopf: "Die Energiewende der Kanzlerin sei unbegreiflich". (Spiegel online 06.07.2011) Weitere kritische Stimmen zum "Atomausstieg" Kurzinfo 338 Punkt 4. Es ist beschämend, dass unsere Volksvertreter im Stile der DDR-Volkskammer den "Atomausstieg" abgesegnet haben. siehe dazu: www.buerger-fuer-technik.de/body_fukushima_und_die_energiepolitik in Deutschland und Kurzinfo 342/7. Damit wird Deutschland sich von einer weiteren Hochtechnologie verabschieden, zum Nachteil Deutschlands und zum Vorteil von Ländern mit Kernkraftwerken in Europa.
- 2. E.on zerrt Regierung wegen Atomsteuer vor Gericht.** Die Brennelementsteuerverstoße gegen EU-Recht, meint der Energiekonzern E.on. Der größte deutsche Energiekonzern und KKW-Betreiber E.on AG will gegen die von der Bundesregierung verhängte Brennelementsteuer juristisch vorgehen. Das entschied der Vorstand unter Leitung des Konzernschiefs Johannes Teyssen in Düsseldorf nach zweitägigen Beratungen. Auch würden verfassungsrechtliche Eigentums Garantien verletzt.
Zusätzlich verlangt E.on Schadenersatz für die Kosten, die ihm aufgrund der atompolitischen Kehrtwende von Bundeskanzlerin Angela Merkel entstanden sind. Schon "aus aktienrechtlichen Gründen und zum Schutze seiner über 500.000 Kleinaktionäre" dürfe E.on solche Vermögensschäden nicht hinnehmen, heißt es in einer Mitteilung des Konzerns. "Das Unternehmen erwartet natürlich den gebotenen Ausgleich für den mit diesen Entscheidungen verbundenen Vermögensschaden in Milliardenhöhe".
Beim zweitgrößten Betreiber von Atomkraftwerken, der Essener RWE AG hieß es, man halte sich bezüglich der Brennelemente-Steuer weiterhin "alle juristischen Schritte offen." **Bereits am 16. März hatte RWE gegen die dreimonatige Stilllegung der Alt-Reaktoren Klage beim Verwaltungsgericht Kassel eingereicht.** Wann eine weitere Klage gegen die Brennelemente-Steuer folgen könnte, sei noch offen. (Daniel Wetzels in Berliner Morgenpost 31. Juli 2011)
- 3. Die Pläne der USA zum Bau von 4-8 neuen KKW von 2016 bis 2020 sind trotz der Katastrophe bei Fukushima weiterhin gültig,** sagte der Präsident des NEI (Nuclear Energy Institute) Marvin Fertel. (NucNet Communication 05.08.2011)
- 4. EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat die Bundesregierung aufgefordert, für die Suche nach einem Atommüll- Endlager rasch einen ehrgeizigen, glaubwürdigen und verbindlichen Zeitplan vorzulegen.** Andere Länder wie Finnland seien in dieser Frage schon viel weiter. Oettinger sprach sich gegen eine Ausweitung der Suche auf den Südwesten aus, wie sie der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann angeboten hatte. Es gebe dort keine geeigneten Gesteinsschichten für ein Endlager. ([SZ](#) 01.08.2011)
- 5. Der KKW-Block Bushehr 1 im Iran** (Druckwasserreaktor des Typs WWER 1000)**hat am 8. Mai 2011 Erstkritikalität erreicht,** teilte der russ. Errichter Atomstroiexport mit. (atw 56.Jg. (Juni 2011) S.367.
- 6. Pakistan: der KKW-Block Chashma 2** (Druckwasserreaktor chines. Bauart mit 330 MW) **hat am 12. Mai 2011 den kommerziellen Betrieb aufgenommen.** Es ist der 3.KKW-Block in Pakistan. (atw 56.Jg.(Juni 2011) S. 367
- 7. EDF will in die Sicherheit der Reaktoren in Frankreich investieren.** Die Höhe der erforderlichen Investitionen wird sich bis 2015 auf 3,4 Mrd. Euro verdoppeln. **Damit investiert EDF durchschnittlich etwa 300 Mio. Euro pro Reaktor.** Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Summe ausreichend ist, im Vergleich mit den von **E.ON und RWE betriebenen deutschen Reaktoren, die jeweils etwa 2,5 Mrd. Euro pro Reaktor vorsehen.** (Les Echos 01.08.2011)
- 8. Die Option Kernenergie in der Schweiz muss offen bleiben** – auch nach Fukushima. Dies fordert der Wirtschaftsdachverband economiesuisse in einer Relation. **Zentrales Element der Energiepolitik müsse die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz und ihrer Arbeitsplätze sein** (atw 56 Jg.(Juni 2011) S. 368.
9. Nach Fukushima – Die Kerntechnik zwischen Angst , Emotion, Lobbyismus, Geschäft und Kalkül der politischen Parteien. Der Supergau - **Kernschmelzen was man darüber wissen sollte:** Dr. Ing. Klaus Hassmann April.2011
<http://www.energiemarkt-medien.de/fileadmin/ftp/2011-04-kernschmelzen-hassmann.pdf> 41 Seiten
- 10. Fukushima-Schock klingt ab- Lust der Deutschen auf Ökostrom wird weniger**
Kurz nach Fukushima schnellte das Interesse der Deutschen an grünem Strom in die Höhe. Jetzt zeigt die Kurve nach unten. Das hat Verivox festgestellt, das größte Vergleichsportal für Stromtarife im Internet. Im April, nur wenige Tage nach der japanischen Atomkatastrophe, interessierten sich fast 80 Prozent der Verivox-Besucher für

einen Wechsel zum grünen Strom. Im Juni ist die Zahl auf 55,4 Prozent geschrumpft. **Damit ist praktisch wieder das Vor-Fukushima-Niveau erreicht.**

Stefan Kohler, Chef der halbstaatlichen Energieagentur dena, geht davon aus, **dass der Strompreis 4-5 cts/kWh teurer wird.** Und das seien nur die reinen Kosten. Was die Energieversorger preislich daraus machten, stehe noch auf einem ganz anderen Blatt, heißt es bei der dena. Der Mehrpreis von 4-5 cts/kWh setzt sich nach Berechnungen der dena aus folgenden Einzelteilen zusammen: Aus der **Steigerung der erneuerbaren Energien** auf 38 Prozent im Jahr 2020 (von heute 17 Prozent). Notwendig sei auch ein **Ausbau der Netze und der konventionellen Stromerzeugung.** Es müssten neue Erdgas- oder effizientere Kohlekraftwerke gebaut werden. Noch gar nicht abschätzbar seien die Kosten für die zusätzlichen Speichertechnologie wie etwa Pumpspeicherkraftwerke, so Kohler. (Neue Westfälische, nw-news.de 30.07.2011).

11. Kernkraftwerk als Kaltreserve Die Bundesregierung lässt derzeit von der Bundesnetzagentur prüfen, ob einer der eigentlich endgültig abgeschalteten KKW bis Frühjahr 2013 als "Kaltreserve" betriebsfähig gehalten werden soll. Dahinter steckt die Angst vor einem Blackout im Winter. Laut Kalkulation der Netzagentur drohen Stromengpässe vor allem im Süden Deutschlands, wo es viel Industrie gibt. Vor allem an kalten Wintertagen, wenn Windparks und Solaranlagen wenig Strom ins Netz einspeisen, könne es eng werden. In Frage kommen die **KKW Biblis B (Hessen), Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 (beide Baden-Württemberg), möglicherweise auch Isar 1 (Bayern).** Protest der Grünen. (FR 06.08.2011)

12. Netzagentur beantragt Laufzeitverlängerung von vier alten E.ON-Kohlekraftwerken. Die Kernkraftwerke gehen vom Netz, deshalb sorgt sich die Bundesnetzagentur um die Stromversorgung in Deutschland. Agenturchef Matthias Kurth hat sich deshalb in einem Schreiben an die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gewandt, mit der Bitte, die für Ende 2012 geplante Stilllegung der Kohleblöcke 1-3 in Datteln und des Kohlekraftwerks Shamrock in Herne hinauszuschieben. Datteln 1-3 liefern Bahnstrom und Fernwärme. Direkt neben den 1964 gebauten Blöcken 1 bis 3 steht der fast fertige **Datteln Block 4, der aus rechtlichen Gründen blockiert ist.** "Wir halten die Laufzeitverlängerung der alten Kohlekraftwerke angesichts der knappen Kraftwerkskapazitäten nach dem Moratorium für notwendig". Der Schritt belegt, für wie dramatisch die Netzagentur die Gefahr von Stromengpässen im kommenden Winter hält, nachdem acht Kernkraftwerke abgeschaltet sind. Absehbar ist, dass neue Kohlekraftwerke die Atomlücke nicht so schnell füllen können wie erhofft. **Probleme mit dem neuen Hochleistungsstahl T24 für Druckkessel führen zu Verzögerungen bei Neubauten.** Die Kraftwerke Walsum, Moorburg, Boxberg und Wilhelmshaven mit zusammen 3000 MW Leistung gehen deshalb **voraussichtlich anderthalb bis zwei Jahre später ans Netz,** weitere könnten folgen. Nach einer neuen Analyse der Deutschen Bank sind Kohle- und Gaskraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 47.000 Megawatt vor 1970 in Betrieb gegangen. Das sind mehr als 40 Prozent der fossil betriebenen Kapazität. (FTD 05.08.2011) Beim EON-Großprojekt Irsching scheint alles nach Plan zu laufen, während es bei den geplanten Inbetriebnahmen von RWE in Neurath zu Verzögerungen kommen dürfte. (Dow Jones Newswire 29.07.2011)

13. Studie "Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien Prof. Dr. Georg Erdmann, Leiter Institut für Energietechnik der Technischen Universität Berlin, ermittelte im Auftrag der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. Die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Seine Untersuchungen basieren auf den Ausbauzielen der Bundesregierung und auf der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom Juli 2011. Treiber für diese die direkten EEG-Kosten sind der angenommene starke **Ausbau der Photovoltaik sowie der Offshore-Windkraft** – beides vergleichsweise hoch vergütete Erzeugungsarten. Der Wert der **bis 2030 zu erwartenden direkten EEG-Kosten liegt bei insgesamt 250 Mrd. €.** Hinzu kommen die indirekten EEG-Kosten (im Wesentlichen aus dem erforderlichen Netzausbau, dessen kapital- und betriebsgebundene Kosten, die in den Folgejahren auf die Netznutzer umgelegt werden müssen), die sich bis 2030 die indirekten Kosten auf einen Wert von rund 85 Mrd.€ summieren. Insgesamt errechnen sich damit gemäß der vbw **Studie EEG-bedingte Gesamtkosten von 335 Mrd.€** bis 2030. Dabei sind notwendige Investitionen in den Neubau von Ersatzkraftwerken, Preissteigerungen bei Primärenergieträgern sowie Kosten für CO₂-Zertifikate ab 2013 noch nicht einmal eingerechnet. Ausführlicher siehe bei www.energie-fakten.de .

14. Der Anteil der erneuerbaren Energien stieg leicht an und **betrug Mitte 2011 10,2 %** des Stromverbrauches (AG Energiebilanzen Nr.4/2010).

15. Die Politik fordert eine 80%ige Reduzierung der Wärmeabgabe der Gebäude. Um dies zu erreichen, ist eine **Zunahme der Wanddicke der Außenwand um den Faktor 4-7 erforderlich** oder die Verwendung von Baumaterialien mit einer um den gleichen Faktor geringeren Wärmeleitfähigkeit. Beide Maßnahmen sind nur durch wesentlich höhere Kosten zu realisieren. Dr.Rudolf-Adolf Dietrich <http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-21.pdf>

16. Malmö/Schweden war in den beiden vergangenen Monaten von ungewöhnlich häufigen Stromausfällen betroffen. Beim jüngsten Stromausfall am 29.7. waren **17.000 Haushalte** betroffen, am 27.7. waren es **60.000 Haushalte.** E.ONs Pressesprecher Johan Aspegren sagt, dass es in den 15 Jahren seiner Tätigkeit nie zuvor eine solche Serie gegeben habe. Die Stromausfälle waren einmal auf ein beschädigtes Kabel, einmal auf eine Explosion in einem Überspannungsschutz für ein Stellwerk begründet. Alle Stromausfälle werden untersucht. (Sydsvenska Dagbladet 30.07.2011) Stromausfälle in Deutschland siehe Kurzinfo 342/ 10 und 11.